**Beschwerde/ Strafanzeige**

**wegen dem dringenden Verdacht auf** **„substanzieller Rechteverletzungen“ = mögliche strafrechtlich relevante Angelegenheiten wie Übergriffe auf Leib und Leben, Freiheitsberaubung und Verdacht auf Menschenhandel, Verstöße gegen die** **UN-Menschenrechtscharta: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, alliiertes Besatzungsrecht unter anderem Verbot von Plünderung und Eigentumsentzug Deutschland - gemäß SHAEF-Gesetz 52, dem Völkerrecht, Artikel 46 Haager Landkriegsordnung (HLKO) und illegale Weiterführung des Nationalsozialismus; Faschismus und Nazismus, Verstoß gegen alliiertes Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 18.09.1944 und weitere in Frage kommender Abkommen und Verträge** **- zur Kenntnisnahme, Überprüfung und weiteren Veranlassung durch die Empfänger.  
  
Complaint / complaint  
because of "substantial violations of rights" = criminally relevant matters such as assaults on life and limb, deprivation of liberty and trafficking in human beings, violations of the UN Charter of Human Rights: The Universal Declaration of Human Rights, Allied Occupation Law, among other prohibition of looting and property deprivation Germany - according to SHAEF Act 52, international law, Article 46 Hague Convention on Land Use of Land (HLKO) and illegal continuation of National Socialism; Fascism and Nazism Violation of the Allied Control Council Act No. 1 of 18.09.1944 and other relevant agreements and treaties - for information, processing and further cause.**

**Жалоба / жалоба  
из-за «существенных нарушений прав» = уголовно-значимые вопросы, такие как нападения на жизнь и конечность, лишение свободы и торговлю людьми, нарушения Устава ООН в области прав человека: Всеобщая декларация прав человека, Закон о союзнической оккупации, среди других запретов на грабеж и лишение имущества Германия - согласно Закону 52 SHAEF, международное право, статья 46 Гаагская конвенция о землепользовании (HLKO) и незаконное продолжение национал-социализма; Фашизм и нацизм Нарушение Законов о контроле над Союзом № 1 от 18.09.1944 и других соответствующих соглашений и договоров - для информации, обработки и дальнейшей причины.**

**Begründung;**

**Die Menschen werden als Kreditgeber und Gläubiger des Systems durch Missbrauch des allgemeinen kommerziellen Rechts durch die Verwalter des Kartellgebiets Deutschland / GERMANY ihrer natürlichen Rechte beraubt. Dadurch begründet ereignen sich durch die Verwalter in Deutschland / GERMANY schwere Übergriffe auf Leib und Leben der Schutzbefohlenen und unter alliiertem Schutz stehenden Menschen, eine Art von Plünderung von bürgerlichem Besitz, Eigentum und jeglichem Hab und Gut.  
Es besteht ein dringender Verdacht auf „substanzielle Rechteverletzungen“ = mögliche strafrechtlich relevante Angelegenheiten wie Übergriffe auf Leib und Leben, Freiheitsberaubung und Verdacht auf Menschenhandel, Verstöße gegen die UN-Menschenrechtscharta: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, alliiertes Besatzungsrecht unter anderen Verbot von Plünderung und Eigentumsentzug Deutschland - gemäß SHAEF-Gesetz 52, dem Völkerrecht, Artikel 46 Haager Landkriegsordnung (HLKO) und illegale Weiterführung des Nationalsozialismus; Faschismus und Nazismus Verstoß gegen alliiertes Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 18.09.1944 und weitere in Frage kommender Abkommen und Verträge -  
Es besteht weiterhin der dringende Verdacht des Treuhandbetrugs in ungeahntem Ausmaß an den deutschen Menschen als Investoren / Kreditgeber des Systems und es besteht der dringende Verdacht des internationalen Steuerbetrugs durch die Plünderung substanzieller Werte und der Werte des jeweiligen Kollateralvermögens jedes deutschen Bürgers durch die Schaffung einer nicht erklärten und damit verschleierten juristischen Person, die jedem Menschen in GERMANY aufgezwungen wird mittels „Personalausweis“ und/oder „Reisepass“ und/oder ähnlich lautender Verträge unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen, einschließlich Gewalt und „weißer Folter“, ohne die Menschen über die Vertragsbedingungen und die daraus resultierenden Konsequenzen aufzuklären. Durch Erzeugung massiver fiktiver Forderungen und Verbindlichkeiten, die den Menschen in GERMANY durch das Verwaltungs-System mittels der nicht erklärten und damit verschleierten juristischen Person auferlegt werden, erfolgt eine Art Plünderung in einem Akt der Piraterie zu Lasten der Kollateralwerte der Menschen als Treugeber und zur Begünstigung und Bereicherung einiger Weniger in den höheren Machtpositionen der Verwaltung von GERMANY als Treuhänder der genannten juristischen Personen unter der vermutlichen Beteiligung und Begünstigung der Banken und sonstiger Finanzinstitute im Kartellgebiet von GERMANY.**Hinweis - Verbot von Plünderung und Eigentumsentzug  
Deutschland, laut SHAEF Gesetz 52 das Deutsche Reich wie es am 31.12.1937 bestanden hat, ist auch nach der Teilwiedervereinigung der DDR und der BRD weiterhin besetztes Gebiet. Dies ergibt sich aus dem Fortgelten des Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (amtlicher Text BGBl. II S. 405, 1955, vgl. Anhang).  
Mit Schreiben vom 29. März 2004 (vgl. Anhang) bestätigt das Bundesjustizministerium, daß Artikel 2 Abs. 1 des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen weiterhin in Kraft ist. Weiterhin wurde durch das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin (BGBl. II, S. 26 und 40 ff. Art. 1, 2 und 3 Abs. 2 a)) der 2 + 4 Vertrag in seinen Kernaussagen für die BRD wieder aufgehoben. Dieses Übereinkommen wurde durch Annahme des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates am 13. Januar 1994 in den Gesetzesstand erhoben.  
Für besetzte Gebiete gelten im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) mit Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Deutschland (vgl. Art. 25 Grundgesetz).  
Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung besagt:  
"Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden.  
Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden."  
Weiterhin gelten für den Unterzeichner die Bestimmung des Artikel 1 und 3 Absatz 2 a) des Übereinkommens für besondere Fragen in Bezug auf Berlin (BGBl. II, S. 40 ff, 94).Hinweis Verbot Anwendung nationalsozialistischen Rechts;  
Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 18.09.1944 wurden durch General Dwight D. Eisenhower die Gesetze von Adolf Hitler durch die Alliierten aufgehoben.  
Das Tribunal General de la Zone Francaise D’Occupation Rastatt hat verbindlich mit seinem Urteil vom 06.01.1947 festgelegt, daß weder der Reichstag noch die Reichsregierung 1933 verfassungsgemäß zustande gekommen sind, somit sind alle Gesetze, Gesetzesänderungen, Verordnungen, Durchführungsverordnungen, Richtlinien, Erlasse und Weisungen des nationalsozialistischen Terrorsystems sowie alle Gerichtsentscheidungen aus dieser Zeit als nichtig anzusehen.   
  
Anmerkung; Die Alliierte Hohe Kommission übernahm die Aufgaben der drei Alliierten Kontrollkommissionen in Deutschland, nachdem am 12. Mai 1949 durch die Alliierten offiziell das Besatzungsstatut verkündet wurde. Die von der Alliierten Hohen Kommission erlassenen Gesetze (AHK-Gesetze), die in französischer, englischer und deutscher Sprache veröffentlicht wurden, erschienen in Form von Amtsblättern, der Official Gazette of the Allied High Commission for Germany, und sollten im Wesentlichen die Grundlagen für eine demokratische Grundordnung Deutschlands schaffen, indem zum Beispiel die Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Konzernen abgeschafft und Mitbestimmung gefördert wurde, Rechtsprechung und Exekutive neu geordnet wurden. Gedruckt wurden die Amtsblätter in Baden-Baden.  
 **Quelle;** <https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_der_Alliierten_Hohen_Kommission>  
  
Deutsche Verwaltungseinrichtungen, welche heute diese Gesetze als Grundlage zur Erhebung von Steuern und Beiträgen oder Abgaben nutzen, wie beispielsweise Finanzämter, Städte, Gemeinden und Kommunen und IHKs wenden folglich nicht geltende, verbotene NAZI-Gesetze an und machen sich strafbar. Zum Beispiel sind das [Einkommensteuergesetz (**EStG**)](http://dejure.org/gesetze/EStG) vom 16.10.1934, das [Gewerbesteuergesetz (**GewStG**)](http://dejure.org/gesetze/GewStG) vom 01.12.1936 und die [Justizbeitreibungsordnung (**JBeitrO**)](http://www.gesetze-im-internet.de/jbeitro/) vom 11.03.1937, sind Gesetze von Adolf Hitler verboten.

**Quelle;** <https://www.staatenlos.info/rechtsgrundlagen/aktuelle-nazi-gesetze.html>  
  
Das Verbot schließt sachlich auch "Deutsche Staatsangehörigkeit" und deren Glaubhaftmachung/ Vermutung "DEUTSCH" von 1934 als die Staats-Angehörigkeit zum Dritten Reich von Adolf Hitler und seiner Reichsregierung mit ein.

Hinweis Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 139

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.  
 **Quelle;** <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html>

Hochachtungsvoll

Unterschrift <Vorname, Name der Person<